



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 275-2025
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.566

Eingereicht am: 03.10.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Zimmermann (Frutigen, SVP) (Sprecher/in)
Josi (Wimmis, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 27.11.2025

RRB-Nr.: vom
Direktion: Direktion für Inneres und Justiz
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Mehr Wohnraum durch Optimierung des Planungs- und Bewilligungsverfahrens

Die Schweiz wächst jährlich um ca. 80 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Rund 80 Prozent davon sind auf die Zuwanderung zurückzuführen, die restlichen 20 Prozent auf Geburten. Der Wohnungsbau kann mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt halten. Um die Wirtschaftszenentren herum, aber auch im ländlichen Raum, werden leerstehende Wohnungen immer rarer, und entsprechend steigen die Mietzinse. Zudem nehmen dadurch immer mehr Leute weitere Arbeitswege in Kauf, und Strassen und Züge sind immer voller.

Solange die Zuwanderung nicht gebremst wird, bleibt nur, das Problem der fehlenden Wohnungen und der damit steigenden Mieten durch mehr Wohnungsbau zu lösen. Damit mehr Wohnungen rascher entstehen können, braucht es Reformen bei den bürokratischen Hürden, namentlich wenn es um die Planungs-, Bewilligungs- und Bauverfahren bei der Nutzung bereits bestehender Bauten und bebauter Flächen geht. Hier liegt grosses Potenzial, denn es ist immer besser, bereits bestehende Bauten und versiegelte Flächen optimaler zu nutzen, anstatt grüne Flächen neu zu überbauen.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Ansätze zieht der Regierungsrat in Betracht, um Planungs- und Bewilligungsverfahren für die Nutzung bestehender Bauten und bebauter Flächen zu optimieren?
2. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, vereinfachte Bewilligungsverfahren für kleinere Projekte einzuführen?
3. Was ist vorzukehren, damit Fachstellen und Ämter koordiniert und damit gleichzeitig arbeiten statt nacheinander, und zwar schon bei Vorprojekten (Parallelisierung statt sequenzieller Abläufe)?

4. Ist der Regierungsrat gewillt, kurze Bearbeitungsfristen für Entscheide, Fachgutachten und Vernehmlassungen einzuführen sowie Sanktionen bei Nichteinhaltung der Fristen vorzusehen?

Begründung der Dringlichkeit: Das Problem fehlender Wohnungen und steigender Mietpreise ist virulent, und die Situation ist dringend zu verbessern. Mit Reformen bei den Verfahren könnte der Regierungsrat rasch für eine Verbesserung der Situation sorgen.

Verteiler

- Grosser Rat